



Wollweissen nach Russland gelassen haben. Aber der Entschluß warben kommt als Volkswirtschaft in eine noch schlimmere Klemme. In den beiden volkswirtschaftlichen Aufsätzen, in denen die russische Volkswirtschaft in den Himmel erhoben wird, sind gleichzeitig treffliche Worte über die rechtlichen Randfragen zu finden, die Russland schmerzhaft ansprechen. Das haben, der alle Gewissheiten der Entente gegenüber. Und es ist nicht billig, sein Wort der Empörung darüber, daß die Volkswirtschaft es wagen, die heilige Entente des Staubes und Plunders zu gehen?

Und es darf hat an einer Stelle seiner Kriegserinnerungen der Kulturfeindschaft des Volkswirtschafts Erwähnung getan: „Was bisher war, wurde graulich gestört, die Kultur verwüßt. Der Beschäftigte beschränkt, die Arbeitsfreudigkeit getötet werden. Das Reich wurde Gemeingut. Die niederen Instanzen drängten immer schärfer vor. Das von Diktator beherrschte Land ging zugrunde. Das war für die Nachhaber bedeutungslos.“ Fraglos ist Rubendoff hier nicht richtig informiert gewesen. Das Welt ist in Russland nicht Gemeingut geworden, und wo dahingehende Versuche von anarchofischer und auch bolschewistischer Seite gemacht worden sind, ist die Sowjetregierung als solche unbeständig. Harden ereifert sich weiter darüber, daß Rubendoff die Volkswirtschaft den Besitz nur „beschränkt“ läßt, während sie nach Hardens Meinung „jedem private Beschäftigte entkräften“. Hier hat Harden richtig vorber. In der Theorie hat der Volkswirtschaftsminister A. B. das ganze Land sozialisiert, in praxi aber ist eine zahlreiche Klasse in der Landbesten entkräftet. In praxi wiederum hat der Volkswirtschaftsminister dem Bürgerhande außer den Häusern und Wohnungen seine Wohnungseinrichtungen geraubt, die dann in den Besitz von Kommunisten und allerhand bolschewistischen Schiebern übergingen. Es handelt sich also im Grunde nicht um eine Entkräftung des privaten Beschäftigten, sondern um den Wechsel des Besitzes, — es bildet sich eine neue Klasse besitzender Elemente. Harden stellt ferner die falsche Behauptung auf, daß der Volkswirtschaftsminister die Arbeitsfreudigkeit nicht „tötet“, sondern in „flächtige Regung sporn“. Daher die Massen hungernd und Tee trinkend Sowjetbeamten in den verschiedenen Sowjets und Kommissariaten. Weiter vergleicht Harden die Verteidigung Deutschlands während des Krieges mit dem, was die Volkswirtschaft mit der russischen Volkswirtschaft angerichtet haben. Also die unzähligen Morde bolschewistischer Henker werden hier dem Verteidigungskampf eines Volkes gleichgestellt, das von einer Welt von Feinden umgeben ist. Hat man je etwas Gemeineres und Vargerlicheres gesehen? Das gerade haben endlich Lenin „ein wehrtaugliches Heim“ von unchristlichen Kommunisten errichtet läßt, geht, wie weit diese entmenslich-bolschewistische Schreiber gestunken ist.

### Leistungen und Förderungskosten im Braunkohlenbergbau.

Von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur (Section Halle) wird uns geschrieben:  
Wichtige Tage nach der Beratung des Bergbauetats in der Reichstags-Landesversammlung werden einige Zahlen aus der Entwicklung des Braunkohlenbergbaues interessant ist die auf der einen Seite des gewaltigen Sinkens der Produktion und auf der anderen die Steigerung der Produktion. Während des Krieges brachten es die verschiedenen Bergbauverwaltungen mit sich, daß die Förderung unangenehmer Entschärfung teilweise oder ganz eingestillt wurde. Erst allmählich wird das zahlenmäßige Material wieder zusammengefaßt, so daß wichtige Zahlen über die Entwicklung unserer Industrie in den letzten Jahren bekannt werden. So hat die Deutsche Bergbauverwaltung, dem ein großer Teil der mitteldeutschen Braunkohlenwerke angefallen ist, nunmehr eine Statistik zusammengestellt über Förderung, Gesamtkosten, Leistung pro Lohnschicht, Lohn pro Lohnschicht und Lohn pro Tonne der gefördertem Braunkohle, die ein anschauliches Bild gibt.  
Die Förderung auf den dem genannten Verein angefallenen Werken liegt von 1913/14 bis 1918/19 allmählich um mehr als 50 Prozent. Im Rechnungsjahre 1913/14 wurden 11 998 293 Tonnen gefördert; 1914/15 12 241 410; 1915/16 15 998 377; 1916/17 14 834 069; 1917/18 16 301 239; 1918/19 16 490 513.  
Während die Zahl der Gesamtkosten für den Bergbau der prozentualen Steigerung der Förderung entspricht, liegt die Höhe des Gesamtkosten in dem erwähnten Zeitraum um rund 150 Prozent. So betrug der Gesamtkosten im Jahre 1913/14 15 498 098 M.; 1914/15 13 851 864 M.; 1915/16 15 128 001 M.; 1916/17 18 995 265 M.; 1917/18 27 215 984 M.; 1918/19 28 268 016 M.  
Die Leistung pro Lohnschicht schwankt in dem angegebenen Zeitraum erheblich. So wurde pro Lohnschicht gefördert 1913/14 3,21 Tonnen; 1914/15 3,75; 1915/16 4,00; 1916/17 3,73; 1917/18 3,48; 1918/19 3,32.  
Die Entwicklung des Lohnes pro Lohnschicht zeigt folgende Bild: 1913/14 4,16 M.; 1914/15 4,23 M.; 1915/16 4,36 M.; 1916/17 4,78 M.; 1917/18 5,52 M.; 1918/19 5,58 M.  
Pro Tonne der gefördertem Kohle steigerte sich der Lohn wie folgt: 1913/14 1,20 M.; 1914/15 1,12; 1915/16 0,95 M.; 1916/17 1,28 M.; 1917/18 1,67 M.; 1918/19 2,07 M.  
Mit einem Schlege ähneln sich alle Verhältnisse und Giffen nach den bisher angezogenen Zeiträumen. Im Vierteljahr April-Juni 1919 wurden 3 176 779 Tonnen gefördert (was einer ungefähren Jahresmenge von 13 Millionen Tonnen gegenüber 18½ Millionen im Jahre 1918/19 entsprechen würde). Der Gesamtkosten in diesem Vierteljahr betrug 19 251 983 M., also etwa die Hälfte des im Jahre 1918/19 insgesamt gezahlten Lohnes. Weithin lauten die Ausrufe für den Monat Juli d. J. Damals wurden 1 208 113 Tonnen gefördert bei einer Gesamtkostenausgabe von 8 244 765 M.  
Abwärtend von 1913/14 bis Juli d. J. ergibt sich, daß die Förderung pro Lohnschicht von damals 3,21 Tonnen auf 2,14 Tonnen sank. Der Lohn von 4,16 M. pro Schicht im Jahre 1913/14 liegt bis zum Juli d. J. auf 1,62 M. Der

Lohn pro gefördertem Tonne liegt von 1,20 M. im Jahre 1913/14 auf 0,91 M. im Juli d. J. Die Lohnsteigerung betrug in dem erwähnten Zeitraum 24 Prozent. Und um das Zahlenbild vollständig zu machen, sei noch erwähnt, daß der Erlös pro Tonne in dem gleichen Zeitraum um 351 Prozent gestiegen ist.

### Die Güterzüge im Schnee stecken geblieben.

Berlin, 17. Nov. Nach dem Schneefall in der Nacht auf den Sonntag wurde gestern in Berlin eine Schneedecke von 35 Zentimetern festgestellt. Die Wälder haben hervor, daß die Güterzüge durch die Eisbahn gefahren werden, da die Güterzüge im Schnee stecken geblieben.

### Vor wichtigen Beschläffen der Reichsregierung.

Berlin, 17. Nov. (Via. Drahtnachricht.) Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen wichtige Beschläffe über die Beilegung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten für den kommenden Winter fassen. Der Personenverkehr soll weiterhin große Einschränkungen erfahren.

### Steigerung der Lokomotiv-Not infolge des Metallarbeiterstreiks.

Berlin, 17. Nov. Dem „Vol. Post.“ nach, infolge der streikenden Staatsbahnverwaltung infolge des Metallarbeiterstreiks eine Minderlieferung von etwa 40 neuen Lokomotiven seitens der Berliner Maschinen zu verzeichnen. Mehrere Hauptmaschinen der Eisenbahnverwaltung haben beantragt, auch am Ruhe- und Betttag arbeiten zu dürfen, um den starken Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven herabzumindern.

### Zuerst wird die Bahn versorgt.

Von zuständiger Berliner Seite wird mitgeteilt: In der Kohlenversorgung ist eine schwerwiegende Erschwerung getroffen worden. Trotz aller Bemühungen, die Kohlen für die Eisenbahnen an Drosselstelle zu erhöhen, brachten die letzten Wochen weitere Verminderungen der Bestände. Einzelne Eisenbahndirektionen haben kaum noch für drei Tage Vorräte. Im Durchschnitt sinkt der Vorrat in jeder Woche um einen Tagessverbrauch. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise nur noch ein ganz unwirtschaftlicher Betrieb führen läßt, muß dieser Zustand unfehlbar zum Zusammenbruch führen. Wird aber der Eisenbahnverkehr zusammengebrochen, so hört auch die allgemeine Kosten- und Lebensmittelpflicht auf. Vor dieser fundamentalen Gefahr muß im Augenblick alles andere zurücktreten. Um ihr zu begegnen, entschloß sich die verantwortlichen Stellen der Regierung zu

### Gewaltmitteln.

Die Eisenbahnen werden in den nächsten Tagen an allererster Stelle beliefert werden, bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht, die lebenswichtigen Betriebe hienunter möglichst wenig leiden zu lassen. Die übrigen Verbraucher, die Industrie, insbesondere die Grundindustrie und der Hausbrand werden stark in Mitleidenschaft gezogen. Schwere Schäden werden infolge dieser Maßnahme nicht ausbleiben. Sie gänzlich zu vermeiden, ist aber bei der jetzigen Lage nicht mehr möglich. Im Augenblick müssen wir alle Kräfte zusammenheften, um die schwerste Gefahr, den Zusammenbruch des Eisenbahnverkehrs, abzuwehren, ohne Rücksicht auf den Schaden, der dadurch an anderen Stellen entstehen kann. Auch die Sanierung der Eisenbahnen wird wir hoffen, auch bei anderen Gefahren vor zu werden und den inzwischen anderwärts entstandenen Schäden wieder gut zu machen.

### Sozialdemokratie gegen Deutschnationale.

Berlin, 17. Nov. Die sozialdemokratische Partei hatte am Sonntag vormittag ihre Anhänger in vier großen Sälen zusammengeworfen, um gegen die Vorkommnisse der letzten Tage zu protestieren. In allen Versammlungen wurde folgende Entschloßung angenommen:

„Die Versammelten sind gewiß, die revolutionären Ereignissen mit allen Kräften und Mitteln zu verteidigen. Sie fordern, daß die zuständigen Behörden mit der bisher geübten Umsicht gegenüber den beamteten Arbeitern beschonigt und eine Schärfe dagegen einschleichen. Sie fordern insbesondere, daß endlich daran gegangen wird, die noch immer in den entscheidenden Staats- und Reichsstellen tätigen reaktionären Beamten und Offiziere, die zum Teil absichtlich Konflikte heraufbeschworen, rückwärts ohne Pension zu entlassen. Ebenso soll sofort und ohne alle Pension alle Schulleiter zu entlassen, die die Teilnahme der Schüler an deutschnationalen Demonstrationen während der Schulzeit veranlassen oder dulden. Die Versammlung richtet an die gesamte Arbeiterschaft die dringende Aufforderung, den Bruderverein einzustellen und sich zum Kampf gegen die Reaktion einheitlich zusammenzuschließen.“  
Die „A. N.“ bemerken hierzu: Uns res. Staatsrats wird hier mit Rancor auf Spoken geschloffen. Daß die Kundgebungen für Hindenburg in der Hauptstadt einem rein materialistischen Empfinden entsprungen liegt für alle die auf der Hand, die die Dinge nicht durch die parteilichsten Kräfte ansehen. Aber die Mehrheitssozialisten läßt sich reichlich ungenügend in ihrer Rolle als Ketter des Vaterlandes, sie haben die Gefahr, den kommenden Wahlen von rechts und links bedroht zu werden. Da möchte man noch, solange es Zeit ist, eine Umkehrung an die U. S. F. herbeiführen, um mit ihrer Hilfe bei den Wahlen einigermassen abzuhelfen.

### Die Ententeorderungen werden immer maßloser.

Bei den Verhandlungen, die die Reichsregierung mit der Entente über die Abgabe unserer Fischereifahrtsgesetze ausrichtend getroffen hat, ist bisher nur die Bewahrung der Fischereirechte geordert worden. Die „A. N.“ haben heute die Reaktionen für den Senat begonnen. Bis jetzt wird kein Zwischenfall gemeldet. — Auch in Rom und anderen italienischen Städten haben heute die allgemeinen Wahlen ohne Zwischenfälle begonnen.

mit der Herausgabe von Fischereibooten unter 50 Kubikmeter rechnet.

### Die Kohlen- und Hungersnot in Wien.

Wien, 16. Nov. Der Korrespondenz „Herzog“ zufolge ereignet die Kohlenlage in Wien derzeit einen noch nie dagewesenen Tiefstand. Für das Elektrizitätswerk langten am letzten Sonntag 31 Tonnen Kohle an, während der Verbrauch 1100 Tonnen betrug. Fast alle Mittelklassen geben ihren Kohlen für die kommende Woche Kaffeebohnen, die mehrschichtig noch länger anzuhalten werden. Auch die Arbeiter mit ihren Familien sind angehört des Hungers auszuwärtiger Zuständen tiefertraurig geworden.  
In Paris hat veranlaßt 2000 Arbeiter eine Demonstration gegen die Forderung. Die Aufhebung nahm einen ruhigen Verlauf.

### Ist das Hauptziel erreicht?

Der Reichswehr — was man heute so nennt — ist wieder aufgenommen, und es kann nicht ausbleiben, daß auf allen Seiten die Bilanz der politischen Ereignisse gemacht wird. Sie sieht nicht fern, daß die Reichswehr die Kriegszeit überlebenden Maßregel nicht mit Bewußtsein. Ein fast beispiellos früher und schneller Winter löstete die feindliche Hoffnung, zu erlebte die Kohlenzufuhr, während der Behalt in unvoranschbarer Weise steigerte, kehrt die Kohlenlieferung und ließ die Transporte fließen bleiben oder ersparen.  
Die Großstädte gehen eine nur wenig vermehrte Kohlenzufuhr, fürchten eine Kohlennot und müssen überlegen, daß der Reichswehr auch in den nächsten Monaten auf ein schwer erträgliches Minimum herabgedrückt, um Weihnachten reichlich wieder vorliegende gestellt werden wird. Gebittert fragt man, ob die das also nicht ohne Sperre hüten können, verleiht die Opfer mit dem Gebrauche und legt der Regierung die Schuldenerklärung vor. Verkaufsführer, Gasthölle, Theater, besonders der Reichshauptstadt, klagen dem Eisenbahnminister schwerer und dabei unangenehmer Gefährdung an. Ihre Klagen werden in der Presse zu einer Kritik vermerkt und erweitert, der natürlich die politische Unternehmung nicht fehlt. Ist doch sogar behauptet und geglaubt worden, die ganze Maßregel sei nur von der Furcht vor Bolschewisten erwirkt.  
Die Großstädte werden bei der Aufhebung der Gründe für oder gegen die Eisenbahnverkehr das Rückfahrende nicht erwünscht die Eisenbahn. Auch die Reichsregierung begreift sich mit dem Hinweis auf die Kohlen- und Kraftstoffzufuhr und unterließ es hinzuzufügen, daß die Eisenbahn zunächst einmal der Eisenbahn helfen müge. Das andere war, bei aller Notwendigkeit, mittelbarer Zwang. Der unmittelbare war: Durch Unterbrechung des Verkehrs den Verkehr zu retten. Diese Maßregel, die im Berliner „Tag“ ein Fachmann als eine „heroische“ bezeichnet, sollte der Verwaltung vor allem die Zeit schenken, an dem Lokomotivmaterial die unbedingt notwendigen Reparaturen vorzunehmen. Wie der erwähnte Sachverständige im einzelnen ausführt, bedingt der Zustand des Materials einen „Angriffsbetrieb“,  
der in einer Katastrophe enden muß, wenn es nicht gelingt, einen größeren Teil unserer Lokomotiven auch nur nach dem Maßstab herabgeleiteter Antriebsleistung zu machen. Die Reichsregierung im früheren Sinne sind, nach vielen Ausführungen, nur noch 10. 5. v. n. je 2000 Lokomotiven, 35 v. H. sind in Reparatur; 35 v. H. sind „betriebsfähig“ nur in dem geringsten Sinne, den die Kriegszeit diesem Begriffe gab. Einst der 17 000 kriegsbrauch Lokomotiven, die vor dem Krieg den Verkehr bewerkstelligt, haben wir heute 10 000 bedingt brauchbar. Will ihnen den doch nicht beliebig verlorene Verkehr fortzuführen, ist unmöglich, wenn nicht die Pause vor allem in den unerlässlichen Verbesserungen erlaubt werden ist. Ob es gelungen ist, dies Hauptziel der Reichsregierung zu erreichen, liegt festlich noch dahin.

### Deutsches Reich.

#### Die Einigungsbestrebungen in der Sozialdemokratie.

Berlin, 17. Nov. Dem „Vorwärts“ wird geschrieben: „Die ungewöhnliche Stärkung der nationalmonarchistischen Reaktion ist die logische Folge der Verhandlung, die das besiegte Deutschland durch die Entente erfährt. Die Vorgänge der letzten Tage haben den Einigungsbestrebungen in der Sozialdemokratie einen starken Antrieb gegeben.“ — Die „Grundfrage“ mit demgegenüber, die Rechte habe keinen Grund, diese Entschloßung zu fördern und sollte deswegen in ihren öffentlichen Redenungen doppelt vorichtig sein.

#### Die Null- und Nichtigkeitsverkündigungen der obersten Wahlbehörden.

In ihrer Note über die obersten Wahlbehörden Gemeindegewählten erklärt die Entente, diese Wahlen als nicht geachtet zu betrachten und die internationale Kommission bei der Übernahme zu entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen.

Wie wir noch aus Berlin erfahren, beabsichtigt die polnische Regierung, die wichtige Regierung zu einer Verprechung über die oberste Wahlfrage einzuladen.

### Ausland.

#### Die Wahlen in Frankreich, Belgien und Italien.

Paris, 16. Nov. (Havas.) Heute morgen 8 Uhr haben in ganz Frankreich die Wahlen für die Legislative begonnen. In Paris und Umgebung hat sich kein Zwischenfall ereignet. Bis jetzt sind wenig Nachrichten aus der Provinz eingelaufen. Der heilige Scheriff die Verhandlungen eröffnet. — Auch in Belgien haben heute die Wahlen für den Senat und den Abgeordneten begonnen. Bis jetzt wird kein Zwischenfall gemeldet. — Auch in Rom und anderen italienischen Städten haben heute die allgemeinen Wahlen ohne Zwischenfälle begonnen.